



Alles wieder normal? Im Washington Square Park in New York genießen Menschen ihre Freizeit

Foto: CP Kremler für DIE ZEIT; kl. Foto: UP/jail (u.)

Ganz schön viel Wumms

Joe Biden war der Mann, der Kompromisse macht. Nun regiert er durch – und könnte ausgerechnet so sein Land versöhnen VON KERSTIN KOHLENBERG

Wenn Joe Biden eines von Donald Trump gelernt hat, dann, dass man Siege feiern muss. Und so wird Biden dieser Tage eine wohlverdiente Siegesrunde durch Amerika drehen. Mit seiner *Help is here*-Tour feiert er, dass er nicht nur sein Versprechen gehalten hat, in den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit 100 Millionen Impfungen zu verabreichen.

Das Ziel hatte er schon am vorvergangenen Freitag erreicht, 58 Tage nach Amtsantritt. Biden hat auch sein im Wahlkampf angekündigtes Covid-Hilfspaket durch den Kongress bekommen, ein in seinen Ausmaßen historisches Konjunkturprogramm von 1,9 Billionen Dollar. Noch mehr Geld ist für ein weiteres gigantisches Programm vorgesehen, mit dem die teils marode Infrastruktur im Land modernisiert werden soll. Und trotzdem droht die erste Krise dieser Präsidentschaft alle bisherigen Erfolge zunichtezumachen.

Krise – lange hatte Jen Psaki, die Sprecherin des Weißen Hauses, versucht, dieses Wort zu vermeiden. Schließlich rutschte es ihr doch heraus, denn die Krise an der Grenze zu Mexiko lässt sich nicht mehr ignorieren. Biden hatte im Wahlkampf versprochen, Migrantinnen und Migranten menschenwürdiger zu behandeln als sein Vorgänger. Gleich nach Amtsantritt hatte er deshalb viele von Trumps Deportationsregeln abgeschafft. Das wirkte offensichtlich wie eine Einladung. Seit Wochen versuchen immer mehr Menschen aus Südamerika unerlaubt die Grenze zwischen Mexiko und den USA zu überqueren. Mehr als 100.000 Menschen wurden alleine im Februar daran gehindert. Es ist der größte Flüchtlingsstrom seit 20 Jahren, und Biden muss nun aufpassen, dass diese Krise nicht die politischen Gräben wieder aufreißt, die er überwinden will.

Zwei Monate ist das Amerika von Joe Biden nun alt, und bislang hatte dieser es geschafft, dass sich im Land eine geschäftige Ruhe ausbreitete. In New York kann man sich mittlerweile rund um die Uhr impfen lassen, das geschieht in Schulen, Sportstadien, Zeltstädten oder der Apotheke um die Ecke. In 31 von 50 Bundesstaaten werden bald alle Erwachsenen geimpft sein. Covid-Tests sind seit Langem kostenlos für jeden zu haben. Gibt es einen Covid-Fall in der Schule, werden die Schülerinnen und Schüler getestet, wer negativ ist, kann in der Woche darauf wieder zum Unterricht kommen. Zwar sind die Infektions-

zahlen mit zuletzt durchschnittlich mehr als 60.000 Neuinfektionen am Tag weiterhin hoch, aber die stabile Covid-Infrastruktur erzeugt das beruhigende Gefühl, dass der Staat das Virus im Griff hat. Dabei profitiert Biden von der aggressiven Strategie, mit der Trump im vergangenen Jahr Impfstoffe aufgekauft hatte; Biden selbst hat die für die Produktion notwendige Industrie mobilisiert wie in Kriegszeiten. Die Nachrufe auf die Demokratie sind erst einmal verstummt.

In der außergewöhnlichen Politik des Weißen Hauses entlädt sich die Energie eines 78-jährigen Politikers, von dem viele keine Überraschung mehr erwartet hatten. Ermöglicht hat das eine der spektakulärsten politischen Verwandlungen der jüngeren amerikanischen Geschichte.

Seit knapp 50 Jahren ist Joe Biden Teil des politischen Apparats in Washington. Die Karriere des Demokraten war durch kaum etwas stärker geprägt als durch dessen gute Kontakte zu den Republikanern. Biden war der Mann der Mitte, ein Dealmaker. Für Barack Obama sollte er 2008 drei Republikaner überzeugen, um die notwendige Mehrheit für das damalige Hilfspaket nach der Finanzkrise zu sichern. Immer wieder rief Biden die Senatorin aus Maine, Susan Collins, mit der gleichen Frage an: Was willst du? Ihren Kollegen aus Pennsylvania sprach er 14 Mal. Am Ende hatte Biden die nötigen drei Stimmen zusammen.

Der Dealmaker – das war Bidens politische Identität und das Fundament seiner Macht. Es war der Grund, weshalb ihn Amerika zum Präsidenten gewählt hat. Und dennoch hat Biden sich dieses Wesenszuges in den ersten Wochen seiner Amtszeit mit einer erstaunlichen Entschlossenheit entledigt. Wie einer Hülle, die für das, was jetzt kommt, zu eng geworden ist. Für sein 1,9-Billionen-Dollar-Hilfspaket hat Biden gar nicht erst versucht, die Republikaner zu gewinnen, nicht einmal die moderate Susan Collins. Dank eines legislativen Schachzugs konnte das Gesetz im Senat mit der einfachen Stimmenmehrheit, welche die Demokraten besitzen, verabschiedet werden. Kein einziger republikanischer Senator unterstützte das Hilfspaket.

Biden hat verstanden, dass Washington längst in einem anderen Modus operiert. Kompromisse, also Deals wie noch 2008, sind nicht mehr möglich; Siege erzielt man nur noch allein oder gar nicht. Um in dieser Welt handlungsfähig zu sein, musste Biden sich verändern. Bedeutet das, dass er

sein Versprechen aufgegeben hat, das Land zu versöhnen? In Washington, so viel steht fest, wird ihm diese Versöhnung nicht gelingen. Weshalb Biden seine Bemühungen dort erst einmal eingestellt hat. Das heißt aber nicht, dass es im Land keine Mehrheiten mehr gibt. Bidens Hilfspaket finden laut Umfragen erstaunliche 72 Prozent aller Amerikaner gut.

Es heißt von Joe Biden, dass er selbst nach den vernichtenden Niederlagen bei den ersten Vorwahlen zur Präsidentschaftskandidatur im vergangenen Jahr nie Zweifel daran hatte, dass er Trump besiegen könne. Wer den Mann damals müde und leblos in der Sporthalle einer Middle School in Iowa erlebte, der fragte sich, woher er diese Selbstsicherheit nahm.

Damals war der Druck auf Biden, seine Kampagne zu verändern, groß. Aber dieser glaubte fest daran, dass er das richtige Gefühl dafür habe, wonach sich die Mehrheit Amerikas jenseits der Kulturkämpfe sehnt. Und mit demselben Gefühl will er nun Druck auf Washington und die Republikaner ausüben. Es ist Joe Bidens Version einer politischen Revolution.

Das Kindergeld zum Beispiel. Es ist Teil des Covid-Hilfspakets und erst einmal auf ein Jahr begrenzt. Um es dauerhaft zu verankern, brauchte Biden Stimmen der Republikaner. Bis vor Kurzem wäre das undenkbar gewesen. 300 Dollar pro Monat pro Kind, das galt und gilt noch immer bei vielen Republikanern als sozialistisch. Nun gibt es aber die 72 Prozent der Amerikaner, die das Kindergeld gut finden. Biden setzt deshalb darauf, dass die Republikaner nicht diejenigen sein wollen, die das Kindergeld kurz vor der wichtigen Zwischenwahl 2022 wieder abschaffen.

Die Republikaner wissen natürlich, dass Bidens Covid-Gesetz auch bei ihren Wählern sehr populär ist, sie haben daher gar nicht erst richtig versucht, es in der Öffentlichkeit schlechtzureden. Der konservative Fernsehsender Fox News hat es schlicht vermieden, darüber zu berichten. Nicht zuletzt deshalb geht Biden auf jene *Help is here*-Tour: Er will klarmachen, dass er es war, der die Hilfe gebracht hat. Und dass von ihm noch mehr Hilfe zu erwarten ist.

Als Nächstes will Biden die veraltete Infrastruktur Amerikas umweltfreundlich erneuern, die Flughäfen, die Eisenbahnen, die Häfen, die bleihaltigen Wasserleitungen, die Stromversorgung. Drei Billionen Dollar soll das kosten; um das Programm zu finanzieren, will Biden die Steuern der Besserverdienenden anheben.

Er will seine politische Macht benutzen, nicht einfach nur bewahren. Und dabei soll ihm das Land selbst helfen. Es soll die Republikaner an den Verhandlungstisch zwingen. Und tatsächlich scheint das nicht mehr ganz unmöglich zu sein. Der Radiomoderator Hugh Hewitt, ein Seismograf für die Stimmung im konservativen Teil des Landes, hat schon angekündigt, dass er für die Verlängerung des Kindergeldes kämpfen werde. Hewitt repräsentiert eine wachsende Gruppe Republikaner, die ihre Partei zunehmend als Arbeiterpartei sehen und die sozialen Probleme in den stark unter Deindustrialisierung, Opioid-Krise und nun Covid leidenden republikanischen Staaten bekämpfen wollen.

Sollten die Republikaner in Washington aber weiterhin jede Zusammenarbeit ablehnen, dann droht der neue Biden damit, alle ihm zur Verfügung stehenden legislativen Möglichkeiten auszunutzen, um handeln zu können. Biden meint es ernst mit seiner Verwandlung. Er will beweisen, dass der Staat seinen Bürgern nutzen kann. Denn nur so kann er sein wichtigstes Ziel als Präsident erreichen: die Demokratie in den USA bewahren.

Dieses Ziel wird nun durch die Krise an der südlichen Landesgrenze gefährdet. Der Umgang mit den Migranten ist politisch nach wie vor enorm aufgeladen. Das Thema bringt Unruhe in die 72 Prozent.

Biden hatte zwar eine menschlichere Einwanderungspolitik versprochen, sich aber nie festgelegt, wie diese aussehen könnte. Wer wird abgeschoben? Wohin? Wird überhaupt abgeschoben? Wo und wie lange werden die vielen unbegleiteten Kinder in den USA untergebracht? Auf der ersten Pressekonferenz seiner Amtszeit machte Biden in der vergangenen Woche klar, dass er sich durch die Krise nicht von seinem nächsten politischen Großvorhaben, dem Infrastrukturpaket, ablenken lassen will. Barack Obama und Donald Trump hätten mit ähnlichen Krisen an der Grenze zu kämpfen gehabt. In den kühleren Monaten, sagte Biden, kämen immer mehr Flüchtlinge. Er hat seine Vizepräsidentin Kamala Harris mit dem Krisenmanagement betraut. Biden selbst will sich auf die Anliegen der Amerikaner konzentrieren.

Deshalb hat der Präsident gleich ein neues Corona-Ziel ausgegeben. 200 Millionen Impfungen will er nun in den ersten 100 Tagen im Amt schaffen. Es wäre ein Triumph, doch auch hier lauern Gefahren für Biden. Als das Impfen begann, hegte die Hälfte der schwarzen Amerikaner Zweifel und wollte sich nicht impfen lassen.

Mittlerweile liegt die Zahl der Impfskeptiker unter den Schwarzen nur noch bei 14 Prozent. Ähnlich verhält es sich bei den Latinos. Demokraten und Gesundheitsexperten hatten den Impfsorgen der Schwarzen und Latinos viel Aufmerksamkeit geschenkt. Zu diesen Gruppen haben sie gute Kontakte, sie stehen ihnen politisch nah.

Aber es gibt eine dritte Gruppe, die zweifelt. Sie ist erheblich größer, und die Zahl dieser Zweifler ist sogar gewachsen: weiße Republikaner. Sie machen 25 Prozent der Bevölkerung aus, und knapp 30 Prozent von ihnen sagen, sie wollten sich nicht impfen lassen. Ihre Skepsis aber nimmt Biden bislang nicht ernst. Im Gegenteil, er beschimpft sie als »Neandertaler« und wirft ihnen in einem Interview vor, keine echten Patrioten zu sein.

Biden zeigt damit die gleiche Schwäche wie Barack Obama, der die weißen Arbeiter als rückständig beschrieb, weil sie sich im Angesicht der Globalisierung an ihre Waffen und Religion klammerten. Auch Hillary Clinton tat sie als »deplorable« ab, als jämmerlichen Haufen. Will Biden aber das Virus besiegen und das Land versöhnen, kann er sich diese Überheblichkeit gegenüber den weißen Arbeitern nicht erlauben. Eine Krise im Kopf ist für sein Projekt genauso schädlich wie eine Krise an der Grenze.

Der republikanische Meinungsforscher Frank Luntz hat gezeigt, was Biden den lauter werdenden Stimmen der rechten Impfgegner (»Tyrannie des Staates«) entgegensetzen könnte. Luntz hat kürzlich eine Gruppe weißer, republikanischer Impfgegner befragt. Dabei wurde deutlich, dass alle das Virus ernst nehmen, aber keiner etwas Genaueres über den Impfstoff und seine Herstellung weiß. Politikern vertrauen sie in dieser Sache nicht, nicht einmal Donald Trump. Als Ärzte den Befragten aber Fakten über den Herstellungs- und Zulassungsprozess präsentierten, wich die Skepsis. Dass von den mittlerweile 100 Millionen geimpften Amerikanern keiner gestorben oder an Covid erkrankt ist, wusste keiner der Befragten. Experten und Fakten könnten Biden helfen, er muss sich nur die Mühe machen.

Schafft Biden es bis zum Sommer, mehr als 70 Prozent der Amerikaner zu impfen, werden die USA lange vor China, Russland oder Europa wieder zur Normalität zurückkehren. Dann wäre es Zeit für eine weitere Siegesrunde.

Die ersten Wochen des neuen US-Präsidenten

Impfen

Bis Anfang dieser Woche wurden in den USA mehr als 143 Millionen Impfdosen verabreicht. 93,6 Millionen Menschen wurden mindestens einmal geimpft, das entspricht 28 Prozent der Bevölkerung.

Helfen

Um die Folgen der Pandemie zu bekämpfen und die Konjunktur anzukurbeln, hat Biden ein Hilfspaket in Höhe von 1,9 Billionen Dollar aufgelegt. Darin enthalten sind unter anderem ein Kinder- und Arbeitslosengeld.



Modernisieren

Am Mittwoch dieser Woche will Biden in der alten Industriestadt Pittsburgh ein großes Infrastrukturprogramm vorstellen. Nicht nur Straßen und Brücken, auch die Technologie soll modernisiert werden.

Doch abschieben?

An der südlichen Landesgrenze versuchen Hunderttausende Menschen aus Südamerika in die USA zu gelangen. Biden steht nun vor der Frage, ob er diese ähnlich wie Trump zurückweisen und abschieben lässt.